

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 30 (1936)
Heft: 2

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Chronik.

I. Weltpolitisches.

1. *Außerhalb Europa.* Der Friede zwischen *Bolivien* und *Paraguay* ist nun unterzeichnet. Er bringt dem siegreichen Paraguay einige Vorteile in Form von Grenzregulierungen, aber die beiden Länder sind durch die Folgen des Krieges zu Tode erschöpft und innerlich zerrüttet. In Paraguay droht die Revolution.

In *Chile* ist die Revolution schon da. Im Mittelpunkt steht ein großer Streik der Eisenbahner. Man redet von einem „kommunistischen Aufstand“.

Der Streitfall zwischen *Uruguay* und *Rußland* wegen dem unbegründeten Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Uruguay ist von Rußland vor den Völkerbundsrat gezogen worden. Dort zeigte sich, daß Uruguay für seine Behauptung, daß die russische Gesandtschaft ein Zentrum kommunistischer Umtriebe gewesen sei, nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte, genau so wie in ähnlicher Lage einst unsere Bürgerlichen. Wenn man auf Grund dieses zugegebenen Sachverhaltes von einer „Niederlage“ oder gar „Abfuhr“ Litwinoffs redet, so zeugt das von großer Ungeniertheit in bezug auf die Wahrheit.

Es zeigt sich hintenher auch ganz klar, was stets zu vermuten war, daß der *brasilianische* Aufstand mit Kommunismus nichts zu tun hatte.

Die *Japaner* hätten in Neukaledonien große Bergwerke erworben.

Laval habe in der Mandchurei Japan gegen Rußland unterstützt! (Ohne Trinkgeld?)

Mit *Rudyard Kipling* ist der Dichter des englischen Imperiums gestorben. Ist es nicht auch bedeuftam, daß das gerade jetzt geschehen ist, wo es mit dem *alten* Imperium zu Ende geht und neue Perspektiven auftauchen?

2. *In Europa.* In *Danzig* hat der Senatspräsident Greifer die Lektion, die er in Genf erhalten, sofort so angewendet, daß er den Völkerbund verhöhnte, die baldige Rückkehr zu Deutschland proklamierte und die sozialdemokratische „Volksstimme“ verbot, weil sie Neuwahlen verlangte, die allerdings das Naziregime wegfehen würden.

In dem zu Aix-en-Provence wieder aufgenommenen Prozeß gegen die *kroatischen* Terroristen sind diese wegen Gehilfenschaft bei der Ermordung Barthous und des Königs Alexander zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, die abwesenden Urheber zum Tode verurteilt worden.

II. Deutschland.

Zu den Maßregeln des *Terrors* gehört ein neues Gesetz über *Ehescheidung*. Diese soll auch gegen den Willen der Ehegatten wegen „mangelndem sittlichem Halt“ oder „verbrecherischer Gesinnung“ aufgelöst werden können. Unter diesen beiden Mängeln sei in Wirklichkeit Hitlergegnerfchaft gemeint und das Gesetz eine neue Waffe gegen die „Illegalen“ und ähnliche Kreise.

Die „National-Zeitung“ (27. Dezember 1935) berichtet:

„Die meisten Hochverratsprozesse gegen die „Staatsfeinde“, vor allem gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Meistens darf die Presse nicht einmal die Urteile veröffentlichen. Ein Gesamtüberblick über Höhe und Umfang der Strafen der Urteile ist unmöglich. Ein Versuch der „Frankfurter Zeitung“, die Urteile für Hochverrat und Wiederaufbau verbotener Parteien zusammenzufassen, ergab allein für den November 1000 Jahre — tausend Jahre Zuchthaus und Gefängnis in einem Monat. Davon entfallen auf Sozialdemokraten sechs Prozesse mit 57 Angeklagten und 154 Jahren Zuchthaus und Gefängnis. In drei Hamburger Prozessen wurden 21 Angeklagte zu 56 Jahren verurteilt, in Altona 19 zu 22 Jahren, in Bremen 14 zu 45 Jahren. Gegen Kom-

munisten fanden neun Massenprozesse statt; Fazit: 850 Jahre Zuchthaus. In Essen wurden 24 Angeklagte zu 104 Jahren, in Hamm 50 Angeklagte zu 180 Jahren (einer lebenslänglich), in Wuppertal 9 zu 66 Jahren, in Remscheid 16 zu 104 Jahren, in Köln 51 zu 196 Jahren, in drei Hallenser Prozessen 34 zu 104 und in Dresden 15 Angeklagte zu 96 Jahren Zuchthaus verurteilt.“

Mit *Rudolf Klaus* ist auch der Kommunist *Jakob Kayser* zum Tode verurteilt, aber das Urteil noch nicht ausgeführt worden.

Mit dem Großfinanzmann Dr. *Siegmond Wassermann* ist, aus uns unbekanntem Gründen, zum erstenmal auch ein Vertreter des wirtschaftsgewaltigen Judentums von den Nazis getroffen worden.

Bebels „Buch über die Frau“ ist verboten worden. Damit macht man es höchstens wieder lebendig, was kein Gewinn ist.

An der „Grünen Woche“ (d. h. Versammlung der Bauernorganisationen) habe Darré die Schuld an dem Verfall seiner und anderer Reformen den Juden und dem Liberalismus zugeschoben. Daneben habe er gefunden, „die Deutschen sollten viel weniger essen“. Das kann sich leicht von selber machen.

Es werden 42 neue Kriegsschiffe gebaut, darunter zwei große Schlachtschiffe neuester Größe und Konstruktion, was Rußland und Frankreich beunruhigt.

Eine *Reichsanleihe* von 500 Millionen Mark sei nur schwer unterzubringen gewesen. 180 Millionen hätten die Banken übernehmen müssen, der Rest sei ebenfalls unter schwerem Druck zusammengekommen.

Hitler habe die Zuziehung einer jüdischen Autorität ersten Ranges für sein Halsleiden abgelehnt. Das wäre ein Glück für — die Juden!

III. Militarismus und Antimilitarismus.

Emil Villard, der Redaktor von „Nie wieder Krieg“ ist wegen Dienstverweigerung bedingt zu zwei Monaten Gefängnis und zwei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Der Auditor hatte nur einen Monat Gefängnis beantragt. Zum erstenmal tritt für Dienstverweigerung die bedingte Verurteilung auf. Sie bedeutet aber kaum einen Fortschritt, sondern setzt eigentlich den Verweigerer herunter, weil sie die Echtheit seiner Ueberzeugung in Frage zieht.

In Deutschland ist ein *ernster Bibelforscher* wegen Dienstverweigerung zu 1½ Jahren Gefängnis (Zuchthaus?) verurteilt worden. Hunderte von ernstern Bibelforschern sitzen ohnehin im Gefängnis oder Konzentrationslager. — Auch ein anderer neuer Fall von Verweigerung wird gemeldet. Das ganze Problem wird nun auch in Deutschland aktuell. Das ist wenigstens ein kleiner Gewinn bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

In *Rußland* besteht in bezug auf die Dienstverweigerung folgende gesetzliche Regelung (Gesetz über Militärdienst, Art. 271): „Diejenigen Bürger, welche durch ihre Geburt oder Erziehung Sekten angehören, deren Religion ihnen gegenwärtig verbietet und schon vor 1917 verbot, Militärdienst zu tun und Waffen zu tragen, können durch die Gerichte vom obligatorischen Militärdienst befreit werden.“

Ob dies geschieht, und zwar durchgehends, und ob an Stelle des „Militärdienstes“ ein anderer „Dienst“ treten muß oder nicht, ist mir gegenwärtig nicht bekannt.

In *Frankreich* ist eine starke Bewegung „Contre une loi inhumaine“, d. h. gegen die dortige Gesetzgebung über die Dienstverweigerung im Gange. (Im nächsten Hefte wird über den französischen Antimilitarismus besonders berichtet werden.)

Professor *Uhde* wird wegen seinem „Offenen Brief“ an Mussolini in Graz vor Gericht gestellt. Kommentar unnötig!

IV. Wirtschaftliches.

In den *Vereinigten Staaten* ist es nun der Demagogie doch gelungen, gegen das Veto Roosevelts (das viel moralischen Mut brauchte), sich mit der für solche Fälle nötigen Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der beiden Häuser durchzusetzen. Sie kostet 2½ Milliarden Dollar und — ein Stück bürgerliche Moral.

Für die *Tschechoslowakei* habe der neue Ministerpräsident Hodza eine Art Planwirtschaft vor, in Form einer engen Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Industrie. Damit soll „ein neuer Typus von Demokratie“ geschaffen werden. Also auch ein „Plan der Arbeit“.

In *Frankreich* ist ein *Landwirtschaftsrat* geschaffen worden. Er soll ein Organ der wirtschaftlichen Beratung und der Schiedsgerichtsbarkeit sein, aber vorläufig nicht eine selbständige Institution neben den rein politischen. 20 Berufsvereinigungen senden dazu ihre Abgeordneten; deren Zahl soll aber nicht 200 überschreiten.

In *Mexiko* herrscht immerfort revolutionäre Bewegung. Es stehen sich der frühere Präsident *Calles*, der nun eine mehr gemäßigte Richtung vertritt, und der jetzige, *Cardenas*, gegenüber, der Führer der „nationalrevolutionären“ Bewegung ist. Eine umfassende Neuverteilung von Grund und Boden im Sinne einer Aufteilung des weltlichen und besonders des geistlichen Großgrundbesitzes ist im Gange. Dazu eine durchgreifende Sozialisierung der Großbetriebe und der Versicherungsgesellschaften.

V. Der Faschismus.

In *Griechenland* haben die vom König angeordneten Wahlen zur allgemeinen Ueberraschung eine *republikanische* Mehrheit ergeben, mit andern Worten: eine Mehrheit für den vertriebenen *Venizelos*, den Chef der „Liberalen“. Diese Mehrheit wäre, wenn eine andere Regierung die Wahlen geleitet hätte, vielleicht noch viel größer gewesen, obgleich der König für freie Wahlen eintrat. (Die Engländer haben ihm diese „demokratische“ Politik zur Pflicht gemacht.) Wenn man nun bedenkt, daß vor ganz kurzer Zeit eine ganz überwältigende Mehrheit für die Monarchie stimmte, so sieht man wieder, was für einen Wert Plebiszite unter der Diktatur haben.

Ob der Diktator *Kondylis* wegen diesem Ergebnis an einem Herzschlag gestorben ist?

In *Finnland* ist die faschistische Jugendorganisation (eine Form der Lapuo-Bewegung) verboten worden. Sie hatte sich an den Militärputschen in Litauen (und Estland?) beteiligt.

Jene Offiziersputsche hängen mit der faschistischen und nationalsozialistischen Bewegung zusammen.

In *Estland* soll die Demokratie noch ausgesprochener wieder eingeführt werden, als letztes Mal berichtet war. Die „Ständeversammlung“ soll sich auf eine besondere Kammer beschränken.

In *Frankreich* hat das fleghafte und gemeine Vorgehen der reaktionären studentischen Jugend gegen *Professor Jèze*, weil er in Genf für Abessinien eingetreten ist und über Mussolini einige Wahrheiten gesagt hat, wochenlang die Gemüter erregt. Die Kollegen haben sich als — Kollegen erwiesen, die Regierung Laval schaute zu. Jetzt will man endlich durchgreifen.

Minister *Frot*, den man wegen seiner am 6. Februar 1934 gespielten Rolle in den Rechtskreisen wütend haßt, ist aufs neue insultiert worden.

Der Ueberfall von reaktionären jugendlichen Rowdies auf *Léon Blum*, dem sofort die Auflösung der *Action française* durch die Regierung gefolgt ist und Maßnahmen gegen die „Ligen“ wohl folgen werden, tut den Grad der Hitze kund, den die politische Leidenschaft erreicht hat, und auch den Geist dieser „Patrioten“.

Mit dem Tode von *Jacques Bainville* hat gleichzeitig die „*Action française*“ ihren bedeutendsten Führer verloren. Eigenartig, daß jener Zwischenfall, der ihre Auflösung veranlaßte, gerade auf dem Wege zu seiner Beerdigung geschehen mußte.

VI. Sozialismus und Kommunismus.

1. *Sozialdemokratie*. Die Zweite Internationale und die entsprechende Gewerkschaftsinternationale haben Beschlüsse gefaßt, die energisch auf die Durchführung der *Sanktionen* gegen Italien dringen, was Grimm nicht abgehalten hat, mit Motta zu gehen.

In *Frankreich* geht die Bewegung auf *Gewerkschaftseinheit* vorwärts.

Ein Versuch, in *Zürich* von der schweizerischen Oberleitung des Gewerkschaftsbundes aus die Einigungsbewegung zu verhindern, ist völlig gescheitert. Der „Erste Mai“ soll gemeinsam gefeiert werden.

In *Belgien* haben die Sozialisten mit dem Problem der Landesverteidigung Schwierigkeiten. Nur ungern und gegen eine ziemlich große Mehrheit entschloß sich offenbar die Partei zur Billigung neuer Maßregeln für dieselbe.

Gegen die stets wieder auftauchende Verfolgung der *sozialistischen Opposition* in Rußland erheben sich aus der Zweiten Internationale energische Proteste und Warnungen.

Die *Stachanoff-Bewegung* stößt unter der russischen Arbeiterchaft auf einen Widerstand, der bis zur Ermordung ihrer Pioniere geht.

Im Kanton Schaffhausen haben Arbeiter und Bauern zusammen unfern Freund *Ernst Bühler* zum Regierungsrat gewählt. Das Beispiel zeigt, auf Grund welcher Voraussetzungen man eine „Volksfront“ haben kann.

Der unter dem Henkerbeil gefallene *Rudolf Klaus* hat vor seinem Ende erklärt: „Für eine Weltanschauung kann man ruhig sterben.“

VII. Religion und Kirche.

In Lausanne ist in hohem Alter Dekan *Philipp Bridel* gestorben. Er hat sich um die Herausgabe der Werke Alexander Vinets, den er als seinen Meister betrachtete, große Verdienste erworben. Weniger freilich als Hüter seines *Geistes*. Denn gerade für das Problem der Dienstverweigerung, das wie kein anderes auf eine Anwendung der Prinzipien Vinets hinwies, fand er kein Verständnis. Schade! Der im übrigen treffliche Mann hätte gerade, wenn er dies geleistet hätte, noch viel mehr bedeuten können.

Wie sich die „frommen“ Kreise immer wieder *belügen* lassen! Ein *Schwindler* sei imstande gewesen, binnen kurzem durch „fromme“ Vorspiegelungen in diesen Kreisen „einige hunderttausend Franken“ (ist das nicht übertrieben?) zusammenzubringen. Falsch geleitete Kräfte! (Man vergleiche auch die Mitteilung über die „Liga für das Christentum“.)

Der Erzbischof *Greißler* von Brixen hat sich gegen den abessinischen Krieg ausgesprochen und ist dafür durch die Regierung gemäßregelt worden. Ehre sei ihm!

Eine Konferenz der *norwegischen* (protestantischen) *Bischöfe* fordert, „daß man der Verherrlichung des Krieges unerbittlich ein Ende bereite“, und tritt aufs wärmste für den Völkerbund und seine übernationale Rechtsordnung ein, jedes Abstellen auf Waffengewalt verwerfend. Das ist ein anderer Ton (aus einer *lutherischen* Kirche!) als der der zwinglischen (?) Kirchen synode von Zürich.

VIII. Natur und Kultur.

1. Der Fall des als Mörder des Knaben Lindbergh zum Tode verurteilten *Richard Hauptmann* macht der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten fortwährend zu schaffen. Lindbergh selbst ist mit Frau und Kind nach Europa geflohen, nicht um den Gangsters, sondern — den Journalisten zu entgehen. Es ist eine förmliche Journalisten-Abstinenz zu seinen Gunsten proklamiert worden. Auch ein Zeichen der Zeit.

2. Der *Silfersee* ist nun endgültig vor Verschandelung gerettet.

Furchtbare Stürme haben an vielen Orten der Welt gewütet, darunter Schneestürme, dazu in Nordamerika gewaltige Kälte.

3. Mit Doktor *Domenig Bezzola* in Celerina (Engadin) ist ein Arzt und Mensch von einer Vortrefflichkeit, wie man sie in dieser altgediegenen Form selten mehr findet, von uns geschieden. Er war als Arzt und auch sonst ein *Mensch*, ein freier, ernster, gütiger, und er war ein *Denker*. Und in allem gediegen und *ursprünglich*, wie die Arve am Engadiner Fels. Daß er einer der ersten Vorkämpfer gegen den Alkoholismus war, kennzeichnet auch seine menschliche Art.

12. Februar.

Zur schweizerischen Lage.

Die schweizerische Lage steht diesmal im Zeichen des *Falles Gustloff*. Es erhebt sich allerdings sofort die Frage, ob man davon nicht schon zu viel geredet hat. Hilft man damit nicht den Nationalsozialisten, ihn noch weiter aufzubauen bis ins Ungeheuerliche und entsprechend auszunützen? Was war Gustloff? Für uns zunächst ein sehr unbedeutender, aber lästiger Reichsdeutscher, eine nationalsozialistische Marionette, die sich freilich als nationalsozialistischer Gauleiter der Schweiz gebärdete, was schon kein Spaß mehr ist. Aber sollen wir, in den Spuren bundesrätlicher Weisheit gehend, ihn durch unser Wichtignehmen erst recht als solchen anerkennen? Auf der anderen Seite aber ist nun halt, ob es uns paßt oder nicht, dieser kleine Gustloff ein *Symbol* geworden, wie es der kleine Hitler in vergrößertem Maßstab geworden ist. Es muß davon also einiges geredet und dann freilich *gehandelt* werden.

Soeben habe ich den Bericht über die Opferfeier bei der Beerdigung Gustloffs in Schwerin gelesen. Etwas Ungeheuerliches, Entsetzliches, an Lästlichkeit noch weit über jene Vergottung Mussolinis hinausgehend, die wir anderwärts in diesem Hefte lesen. Das Schlimmste ist die Rede des Baalspaffen, der in diesem Falle Doktor Langmann heißt:

„Nachher tritt ein evangelischer Geistlicher, Oberkirchenrat Dr. Langmann, angetan mit der SA.-Uniform und hohen Stiefeln, an den Katafalk. Er will dem Toten den Weg nach Walhall, der Heimat der germanischen Helden, weisen. Gustloff sei als Märtyrer für die unsterbliche Mutter Deutschland gefallen, als Blutzuge für die nationalsozialistische Bewegung. Die „wütend verhetzten Angriffe der marxistischen Presse“ hätten ihn nicht davon abgehalten, auf exponiertem Posten seine Pflicht zu erfüllen. Nun gehe er in die mythische Unsterblichkeit ein, um dort die zwei Millionen Weltkriegsgefallenen und die 300 Blutzuge der nationalsozialistischen Bewegung anzutreffen. Die deutsche Jugend werde ihn ebenso wenig vergessen wie die alten Opferhelden von Siegfried und Baldur bis zu Horst Wessel und Maikowski. Aus solchen Vorbildern würden die Lebensquellen des deutschen Volkes immer neu gespeist. Durch das Blutopfer Christi habe Gott den Glauben an eine Unsterblichkeit bekräftigen lassen. Dieser Gott schicke die Völker der Erde auf deren klirrendem Weg durch die Geschichte. Diese Männerwelt des Kampfes und der Hingebung sei durch Gott geschaffen. Deshalb folle an der Bahre Gustloffs das Gebet emporsteigen: „Herr, segne Du unsern Kampf. Amen!“

Aber nicht viel weniger schlimm ist *Hitlers Rede*.

„Zuletzt besteigt Hitler selbst die Stufe zur Totenbahre und legt einen großen Kranz nieder. Die Scheinwerfer verlöschen; der Sarg liegt in einem rötlichen Halbdunkel. In einem leidenschaftlich bewegten Nachruf mißt der Reichskanzler den Juden die Schuld nicht nur an dem Verbrechen von Davos, sondern auch an allem deutschen Elend der Jahre 1918 bis 1932 bei. Schwere Opfer habe die nationalsozialistische Bewegung auf sich genommen, um einer grauenhaften überstaatlichen Gewalt ihr Werkzeug zu entwenden. Erschossen, erdolcht, ermordet seien die Kämpfer für ein neues Deutschland ins Grab gesunken. Ueberall sei es dieselbe Macht gewesen, die den Mördern die Waffe in die Hand gedrückt habe. Dagegen liege — so erklärt Hitler — auf dem Gewissen der Nationalsozialisten nicht ein einziger von ihnen ermordeter Gegner, nicht ein einziges Attentat. Immer und immer wieder entdecke man aber hinter den meuchelmörderischen Gegnern die Macht des jüdischen Feindes, dem die Nationalsozialisten nichts zu leide getan hätten, der aber das deutsche Volk unterjochen wolle. Eine leitende Hand habe alle Verbrechen organisiert und werde sie auch künftig organisieren. Der Tod Gustloffs, des ersten Blutzuges der Auslanddeutschen, stelle auch den ersten Fall dar, wo sich der Gegner nicht eines deutschen Volksgenossen als Werkzeug bediene. Es sei ein Ruhmesblatt für die Schweiz, daß kein Nichtjude sich für die Tat habe dinge lassen. Der geistige Urheber der Tat mußte selbst zur Waffe greifen. Mit

markerschütternder Stimme schließt der Reichskanzler: „Parteigenosse Gustloff, du bist nicht umsonst gefallen. In die Reihen der unsterblichen Märtyrer unseres Volkes rückt dieser Tote ein. Daraus entsteht millionenfaches Leben für das deutsche Volk. Jede Ortsgruppe im Ausland hat von nun an ihren nationalsozialistischen Patron, ihren heiligen Märtyrer der Idee. In jeder Geschäftsstelle wird sein Bild hängen. Jeder wird seinen Namen im Herzen tragen. Er wird nicht vergessen werden in alle Zukunft!“

Jedes Wort, auch über diese Rede, ist Abschwächung.

Hier ist die Lüge auch schon zum Wahnsinn geworden.

Aber nun ist auch schon klar genug, daß dieser Fall Gustloff ein *Zeichen* ist. Er zeigt, wo wir stehen. Er zeigt die Weltgefahr des Hitlertums. Er zeigt, was der Nationalsozialismus ist: *Molochdienst* furchtbarster Art, um so furchtbarer, als er noch das Gewand Christi borgt. Und er zeigt auch schon die *Nemesis*. Denn wenn man die Tat dieses Studenten David Frankfurter richtig beurteilen will, dann muß man die Hunderttausende von gequälten, unter das Tier erniedrigten, in den Selbstmord getriebenen, von Haus und Heimat verjagten, ins Nichts gestoßenen, oft auch ermordeten oder zu Tode mißhandelten Juden vor sich sehen, die das Hitlertum auf dem Gewissen hat, Nichts ist dann begreiflicher als diese Tat. Man muß sich nur wundern, daß sie nicht längst geschehen ist, und zwar in größerem Maßstab. Sie ist die natürliche Frucht nicht des Judentums, wie Hitler faselt, sondern des Hitlertums selbst, seiner Theorie vom Blut und seiner Blutpraxis. Ich würde mich erniedrigen, wenn ich noch extra versichern wollte, daß ich die Frucht des Frevels verurteile, wie ich die Ausfaat verurteile. Das versteht sich für mich von selbst. Frevel tilgt nicht Frevel, sondern ist Ausfaat von neuem Frevel. Aber das muß auch mit aller Offenheit gesagt werden: Eine solche Tat ist nicht gemeiner Mord. Wenn wir Schweizer das behaupten, so machen wir Wilhelm Tell zum gemeinen Mörder. Denn die Tat Frankfurters hatte zehnmal mehr Grund, als die Tat Wilhelm Tells. Als vor Jahren vor einem Berliner Volksgericht ein Armerier stand, der einen der großen Schlächter seines Volkes in einer Straße von Berlin, also auch auf fremdem Boden, erschossen hatte und anfang, und Augenzeugen mit ihm, zu erzählen, was dieser „Ermordete“ und seine Genossen seinem Volke angetan, auch der eigenen Schwester, dem eigenen Bruder — da wurde er unter Jubel einmütig freigesprochen. Wenn der Student Frankfurter vor dem Kantonsgericht an der Grabenstraße in Chur steht, in Alt Fry Rätien, wo man auch etwas von Vögten und ihren „Mördern“ weiß und erzählt, von Vögten, die auf dem Hintergrund des Hitlerregimes zu Biedermännern werden (man denke nur an den 30. Juni), dann werden sie ihn zwar nicht freisprechen; er selbst kann dies nicht wünschen; seine Tat verlangt Sühne; aber sie werden hinter diesem Manne das Schicksal seines Volkes und das Henkerbeil Hitlers über ihm sehen und dann das Urteil sprechen, ohne Menschenfurcht und Menschenrücksicht.

Man muß diese Tat begreifen. Aber billigen oder gar verherrlichen kann man sie gerade dann nicht, wenn man in ihr doch auch die Fortsetzung des Werkes der von Hitler entfesselten Dämonen sieht. Das ist sie, auch wenn sie ein Zeichen der Nemesis ist. Nemesis *ist* sie und furchtbare *Warnung*. Was hier geschehen ist, zeigt eigentlich Hitler und den Seinen zum erstenmal, was ihrer wartet, wenn nicht eine *Gnade* dazwischen tritt. Zum erstenmal wendet sich die Waffe, die sie bisher allein, wenigstens seit sie an der Macht sind, gegen die andern gebraucht (das genaue Gegenteil der hitlerischen Behauptung ist ja die Wahrheit), gegen sie selbst. Es ist ja auch ein Symbol, wenn man auf Gustloffs Sarg seinen *E h r e n d o l c h* legt; der Dolch ruft dem Dolche! Das Zeichen erscheint an der Wand. Gott schütze Europa! Alle guten Geister wacht auf! Schützt, rettet!

Aber der Fall Gustloff ist auch ein Zeichen besonders für die *Schweiz*, für die ungeheure Gefahr, in der sie steht. Wir sind also ein Gau des Dritten Reiches. In der ganzen Schweiz gibt es, wie ja gerade die Trauerfeier in Davos gezeigt hat, eine ganze Masse von „Stützpunkten“ (das ist ein militärischer Ausdruck) des „ge-
tarnten“ Hitlerheeres, das die Schweiz schon besetzt hält und das, wie jüngst auf-

gefundenen Dokumente zeigen, den Auftrag hat, auch das Gelände zu erforschen und darüber zu berichten. Wir sind „Auslandsdeutsche“, dazu bestimmt, dem Dritten Reich einverleibt zu werden. Wir stehen schon unter seiner Vormundschaft. Jene Bezeichnung ist ein Stück des ausgeworfenen braunen Netzes. Mit diesem Anspruch greift Hitler-Deutschland nicht nur in Memel ein, wo es noch zu entschuldigen ist, sondern auch in Lettland, wo Deutschland nichts zu sagen hat, und sicher bald auch bei uns. (Bald?) Man gewöhnt sich daran, und das will es eben; das ist schon Sieg.

Und nun haben wir einen Bundesrat, der, gestützt auf seine falsch ausgelegte Pflicht, über die innere und äußere Sicherheit der Eidgenossenschaft zu wachen, außenpolitische Diktatur treibt und gerade den Kampf gegen die ungeheure Gefahr des Nationalsozialismus und des Faschismus als „private Außenpolitik“ bekämpft. Welches aber ist seine eigene „private Außenpolitik“? Landauf, landab hat man es gesagt, als man die Schüsse Frankfurters hörte: „Daran trägt nächst Gustloff und Hitler der Bundesrat die Schuld, besonders die Bundesräte Motta und Baumann, durch ihre sträfliche und unentschuld bare Duldung eines so verhängnisvollen Mannes und seines Tuns auf unserem Boden.“ An diesem Urteil ist nicht zu rütteln. Anstatt es aber vor dem Forum des eigenen Gewissens selbst auszusprechen, vermehren sie diese Schuld noch eifrig. Bundesrat Baumann wiederholt noch jene Reinwaschung Gustloffs, die er im Nationalrat kürzlich vollzogen und die eine Ermunterung war, und rechtfertigt durch diese Wiederholung vollends die Darstellung, die das Hitlertum der Sache gibt. Der Bundesrat anerkennt durch seine Beileidsbezeugungen an den deutschen Gesandten und die Witwe Gustloffs dessen Eigenschaft eines Gauleiters der Schweiz, während der Landammann von Davos sich an die deutsche Gesandtschaft wendet, bevor er den Bundesrat begrüßt. Der Bundesrat, unterstützt durch die „Neue Zürcher Zeitung“ und die gesinnungsgenössliche Patriotenpresse, die dann freilich (gezwungen durch das allgemeine Urteil) doch die Krallen einziehen muß, versucht, die Schuld auf die „marxistische“ Presse abzulenken, die in diesem Falle so unschuldig als möglich ist, und das, was Gericht über ihn selbst ist, zur Verschärfung seiner Pressediktatur zu verwenden. Der Bundesrat, statt den ungeheuren Ernst unserer Bedrohung durch Hitler im eigenen Lande zu bedenken und alle Kräfte dagegen aufzurufen, hält Gericht über — das „Volksrecht“, das eine Aeußerung über den deutschen Gesandten getan, der er selbst im Grunde recht geben muß. Eine Nemesis ist das auch, insofern sein einstiger Redaktor Nobs als Mitglied der famosen Konsultativ-Kommission einer Maßregelung Nicoles wegen starker Aeußerungen des „Travail“ über Mussolini (können die überhaupt zu stark sein?) zustimmte oder doch nicht öffentlich dagegen protestierte. Aber ein solcher Bundesrat! Vollends scheint dem Bundesanwalt die Verfolgung und Beschnüfflung der an der Boykottaktion gegen Mussolini (die indirekt auch eine gegen Hitler ist) Beteiligten wichtiger zu sein als der Kampf gegen den wirklichen Feind im Lande.¹⁾

¹⁾ Inzwischen sind *Presseverwarnungen* an andere sozialistische und kommunistische Blätter erfolgt, so an die „Arbeiterzeitung“ in Basel und den „Kämpfer“ in Zürich. Was wird nächstens noch kommen?

Ein Reichsdeutscher *Norbert K. Enger*, der in Zürich einen „Zeitungsdiens“ herausgibt, der offenbar den verbotenen „Reichsdeutschen“ ersetzen soll, erlaubt sich die unerhörtesten Beschimpfungen (z. B., es gebe in der Schweiz „unzählige Verbrechernaturen schweizerischer Nationalität“) und stellt in Aussicht, „daß Adolf Hitler auch dem Auslandsdeutschtum“ (zu dem wir ja auch gehören sollen) „die Freiheit bringen wird“. Nichts ist bezeichnender, als wenn eine offenkundige nationalsozialistische Propagandaverammlung in *St. Gallen* von der dortigen Regierung verboten, das Verbot aber durch Bern rückgängig gemacht wird. Aber wehe dem antifaschistischen auswärtigen Redner, der bei uns den Mund öffnet!

Wie anders stellt sich *Schweden*, das drei solcher „Gauleiter“ nacheinander ohne viel Federlesens an die Grenze gestellt hat. Das allein imponiert solchen Leuten!

Ungeheuer ist die Gefahr. Wo ist der Wilhelm Tell? Ich meine: Wo ist die Volksbewegung, welche sich rettend erhebt? Denn ein einzelner Mann kann hier nicht helfen.

„Die Gefahr droht vor allem vom Bundesrate her.“ Das hat unter gewaltigem Beifall einer Volksversammlung von gegen zweitausend Menschen in der „Stadthalle“ von Zürich ein Redner ausgerufen, der kürzlich selbst als Bundesrat vorgeschlagen war. Er dachte dabei auch an den Dikturananspruch des Bundesrates selbst, wie er bei Anlaß der Beratungen über das *Finanzprogramm* besonders hervorgetreten ist. Es entspricht also durchaus der Dialektik der Lage, wenn wir im Anschluß an den Fall Gustloff vom Abschluß der Verhandlungen über jenes „Programm“ berichten, das diesen Namen nicht verdient. Der Ständerat hatte noch einige Verschlechterungen durchgesetzt, so die Erhöhung des „Lohnabbaues“ auf 15 Prozent, allerdings bei einer Erhöhung des „abbaufreien“ Einkommens von 1500 auf 1600 Franken, die aber die Maßregel nicht gutmacht. Auch ist nun der Getreidezoll doch durchgesetzt worden, was wieder eine mehr symbolische Bedeutung hat. Im Großen betrachtet bleiben zwei Züge für das Werk kennzeichnend. Es bedeutet — zum ersten — einen fortgesetzten sei's moralischen, sei's auch juristischen *Bruch von Recht und Verfassung*, und zwar im ganzen: weil das „Programm“ unter unwahren Vorwänden der Volksabstimmung entzogen wurde, wie im einzelnen: durch Beschlüsse, von denen die Beraubung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung moralisch und rechtlich wohl der schlimmste ist. Solche Mißachtung von Recht und Verfassung ist Vorboten der Katastrophe. Zum zweiten sodann charakterisiert sich das Werk durch etwas, was auch gegen alle göttliche und menschliche Ordnung ist: dadurch, daß die *Lasten* überwiegend auf die Schultern der *Schwachen* gelegt werden. Diese Methode soll sich dann in das private Wirtschaftsleben hinein fortsetzen. Auch für dieses weiß der Volkswirtschaftsminister Obrecht in einem bekannten Interview keinen andern Rat als die „Anpassung“, d. h. die Herabsetzung der Löhne und Gehälter. Aus frommen und patriotischen Kreisen ist der Gedanke der *Staatslotterie* aufgetaucht, dagegen merkwürdigerweise, aber auch erfreulicherweise, gerade von den Sozialdemokraten abgelehnt worden, von denen gewisse „Führer“ sie als erste empfohlen hatten. In der Tat ist die fiskalische Ausbeutung des Spieltriebes ebenso verwerflich als etwa die des Trinktriebes und des Sexualtriebes. Der Spielteufel ist nicht harmloser als die andern, er sieht höchstens harmloser aus. Wenn man sodann vom Ausbau der *Alpenstraßen*, d. h. von der noch hemmungsloseren Auslieferung des Alpenheiligtums an das Auto Hilfe erwartet, so ist das ungefähr der gleiche Sinn und Geist. Daneben wirft man sich auf die „*Doppelverdiener*“ und die „*Ledigen*“, wobei stark der Teufel *Neid* auf seine Rechnung kommt. Zugegeben, daß es hier Mißbräuche gibt, aber der fiskalische Eingriff in das private Leben ist das schlimmste dieser Uebel. Wie viele Ledige tragen schwerere Lasten für andere als viele Verheiratete! Und die Selbständigkeit der Frau ist ein höheres Gut als eine kleine Steuersumme mehr. Nein, *solche* Dinge helfen nicht! Welch andere Wirkung hätten einige einfache, eingreifende, aber sinnvolle, weil von einem hohen sozialen Prinzip getragene Maßregeln, so etwa, wie sie Doktor Breitner in Wien mit so viel Erfolg angewendet hat, oder noch bessere, organischere.¹⁾

Es wäre Aufgabe eines rechten *Sozialismus*, solche vorzuschlagen und durchzukämpfen. Dem unsrigen fehlt es dafür an Geist und Glauben. Aber anzuerkennen ist eine Erklärung der Sozialdemokratie zu der ganzen Sache. Im übrigen aber ist die Haltung der Bundesversammlung kläglich gewesen, wie ja fast immer. Kläglich vor allem die der Bauernpartei, die im Sinne des politischen „Kuhhandels“ für eine wirtschaftliche Beraubung derjenigen Volksklasse stimmte, welche vor allem die Produkte der Landwirtschaft sollte kaufen können. Schmid-Ammann und Gadiant

¹⁾ Die Wirtschaftsnot selbst ist im Wachsen. Wir haben nun gegen 125 000 Arbeitslose. Der Außenhandel aber ist um 30 Prozent zurückgegangen.

haben dafür mit Recht schärfsten Tadel! Aber ein Verlagen auch — im ganzen — die Haltung der „Unabhängigen“ Duttweilers, der gewaltig an Volkstümlichkeit verloren hat und als „kommender Mann“ erledigt ist. Schmerzlich die Haltung eines Doktor Rittmeyer. Auch mit den Jungliberalen ist es aus. (Doktor Graf von der „Nation“ verläßt sie mit starkem Zuschlagen der Türe.) Zuletzt kommt Mufy und empfiehlt sich sub rosa als Diktator!

Und damit kommen wir wieder auf die schwerste Gefahr: die des „getarnten“, vom Bundesrat im Auftrag des Bundes zwischen Geldsack, Weihwasserkeffel und Maschinengewehr ausgeübten Faschismus. Wie groß diese Gefahr ist, beweist die hinterher bekannt gewordene Tatsache, daß der Bundesrat ursprünglich die Absicht hatte, das Finanzprogramm der Bundesversammlung gar nicht einmal zur Beratung, sondern bloß zur Abstimmung in globo vorzulegen, um, wie er sich ausdrückte, nicht durch verfassungsrechtliche Schwierigkeiten gehemmt zu werden, und erst durch den Widerstand, den er sogar in einer ständerätlichen Kommissionsberatung mit ähnlichen Absichten fand, davon abgebracht wurde — bis auf weiteres. Der Beschluß, daß er nun von sich aus alles tun dürfe, was er zum „Schutze des Landeskredites“ für nötig halte, gibt ihm freie Hand für alles, was er will. Er darf auf Grund davon ruhig auch die „Neuen Wege“ verbieten (wie denn wohl vor allem ein Schlag gegen die Antimilitaristen, die man mit den Kommunisten zusammenwerfen wird, um die Sache zu „tarnen“, geplant ist), er darf tun, was er will. Niemand kann ihn mehr gesetzlich hemmen. So kann es mitten in der „Demokratie“ zur Notwendigkeit irgendeiner Form von *Revolution* kommen.¹⁾

Was ist zu tun? Rusch schlägt ein *Plebiszit* vor, das dem Bundesrat mit vielen Hunderttausenden von Stimmen erkläre, wie das *Volk* denkt. Eine beachtenswerte Anregung! Gadiant denkt an eine Initiative, die für die Dringlichkeitsbeschlüsse eine Zweidrittelmehrheit fordert, das Recht der Abberufung des Bundesrates festlegt und ähnliches. Dieses und anderes ist sicher überlegenswert. Aber helfen kann nur eine anhaltende, organisierte Volksbewegung. Dafür fehlen die *Führer*. Der *Freiheitsgeist* ist allerdings noch nicht tot, aber er muß von der Tiefe her erneuert werden.

Inzwischen muß das *Notwendigste* getan werden, was zur Rettung dient. Zu diesem Zwecke hat sich in Zürich ein „*Freiheitskomitee*“ gebildet, dessen Erklärung folgen soll. Es ist aus Vertretern aller Linksparteien zusammengesetzt. So viel ich sehe überwiegen sogar die „Bürgerlichen“. Ob das Komitee die geschilderte Aufgabe lösen kann? Ich glaube nur dann, wenn es darauf verzichtet, eine eigene Bewegung und große Organisation zu werden, und sich darauf beschränkt, eine Art Einigungsorgan für alle die zu sein, welche in allen politischen Gruppen gefonnen sind, gegen die faschistische und nationalsozialistische Gefahr von außen und innen her mit anderen zusammenzutreten. Die Presse der Reaktion, die Hochpatrioten, sind natürlich sofort über diesen Versuch hergefallen. Die „*Neue Zürcher Zeitung*“ natürlich voran. Sie macht es sich wieder leicht. Zuerst wird mit dem

¹⁾ Man kennt das Verfahren des Bundesrates in der *Boykottfache*. Es hat neuerdings eine Ergänzung gefunden.

Das Boykott-Komitee schickte zwei Artikel Gerbers aus dem „Aufbau“, welche eine Kritik des bundesrätlichen Vorgehens enthielten, zur Verteilung an die Mitglieder der Bundesversammlung an die Kanzlei. Es ist das der normale, viel begangene Weg. Die Kanzlei übergab die 200 Exemplare dem Bundesanwalt! Das ist halt nicht Gußloff!

Der „Kämpfer“ berichtet von einem belauschten Gespräch zweier unserer Gestapo-Offiziere, nach welchem auch eine offizielle Aufhebung des *Post- und Telegraphengeheimnisses* für die „linken“ Söhne Tells geplant, praktisch aber da und dort schon geübt werde. Stimmt das wirklich? Jedenfalls ist Anlaß zum Aufpassen!

Der „Sperber“, das Organ René Sondereggers, wird wegen mißliebiger Kritik am Bundesrat konfisziert.

Zaupfahl angedeutet, daß Professor Ragaz dahinter stehe, dann die „Hand Moskaus“ gezeichnet, die (wahrscheinlich auch durch mich) das Ganze für ihre Zwecke geschaffen habe. Grund genug, mitzuhelfen, daß diese Sache gelinge. Wenn es in dieser Form nicht geht, dann muß eine andere, vielleicht eine einfachere, gefucht werden. Denn es ist Gefahr im Verzuge.¹⁾

Wir kommen wieder nicht von der Hauptlinie ab, wenn wir nun noch von den Verhandlungen des Nationalrates über die *Sanktionenfrage* berichten. Sie waren ebenfalls kläglich. Den *schweizerischen* Standpunkt hat paradoxerweise nur der *Kommunist* Bodenmann vertreten! Was die Sozialdemokratie betrifft, so bot sie wieder das Schauspiel der Haltlosigkeit. Es hielt Nationalrat Meierhans, Redaktor des „Volksrechts“, eine Rede, die, zwar in sehr gemäßigter Form, doch alles sagte, was ein Sozialismus, der sich selbst achtet, bei diesem Anlaß hätte vertreten müssen. Aber sie war nicht die Fahne der Fraktion. Vielmehr war dies eine — Windfahne: Der Bundesratskandidat Robert Grimm hielt eine Rede, von der vielleicht nicht einmal er selbst wußte, nach welcher Seite des Seiles sie eigentlich neige. Und dies trotz der scharfen Beschlüsse der Zweiten Internationale! Zum Schlusse blieben die Genossen sitzen und nur Schneider stimmte mit den beiden Kommunisten gegen Motta. Was aber die Bürgerlichen betrifft, so nannte der welsche Reaktionsär Gorgerot die Abessinier ein „peuple sauvage“ und erhielt dafür einen Tadel, aber Bodenmann (unter Zustimmung des Rates) einen Ordnungsruf, als er von einem „mörderischen Vorgehen“ der Italiener redete. Bei der früheren Beratung hatte der welsche Faschist de Coullon erklärt: „Das Schweizervolk interessiert sich nicht für den italienisch-abessinischen Konflikt.“ Gorgerot wünschte, an das „Schwert“ schlagend, den Austritt aus dem Völkerbund. Der Chefredaktor der „Basler Nachrichten“ sprach sein Verständnis für „Italiens Anspruch auf Macht“ aus. (Wie wird es sein, wenn bei einem Angriff Mussolinis auf den Tessin samt dem Gotthard und die italienischen Täler Graubündens etwa im belgischen Parlament für die „Macht Italiens“ Verständnis gezeigt wird?) In den „Basler Nachrichten“ redet einer von einem „überhöhten Standpunkt“, den man bei der Beurteilung dieser Frage einnehmen müsse. (Gemeint ist der Standpunkt des niedrigsten Interesses-Egoismus!) Nicht ein warmes Wort wurde von dieser Seite gegen die Gewalttat Mussolinis und über das Los eines schwachen, kleinen Volkes gesagt. Schließlich kam ein „großer persönlicher Erfolg Mottas“ heraus, des Motta, der im schweizerischen Bundeshaus, ohne ein Wort des Widerspruches, von einem Sturm der Entrüstung zu schweigen, erklären durfte, „er schätze sich glücklich, daß er in Genf mit Laval zusammen für den Frieden habe arbeiten dürfen“ (Lavalgarde!). Daß aber das Schweizervolk für diese Haltung „einmütige Zustimmung“ habe, ist eine krasse Unwahrheit.²⁾

Vielleicht muß in diesem Zusammenhang auf die Folgen der „privaten Außenpolitik“ Mottas in bezug auf *Rußland* hingewiesen werden. Motta hat zur Rechtfertigung seiner Haltung in der Sanktionenfrage auf die 10 000 Arbeiter hinge-

¹⁾ Was mich persönlich anbetrifft, so habe ich mit der *Gründung* nichts zu tun gehabt, auch nichts davon gewußt, und bin erst nachträglich erfucht worden, in das weitere Komitee einzutreten. Ich habe bisher eine einzige Sitzung mitgemacht und gar keine Rolle gespielt. Ich muß nicht überall vorne sein und komme mir selbst nicht so wichtig vor, wie scheint's der — „Neuen Zürcher Zeitung“, dieser noblen Verleumderin.

Was übrigens die Hand Moskaus betrifft, so wäre wohl viel leichter, bei der „Neuen Zürcher Zeitung“ die „*Hand Roms*“ nachzuzeichnen.

²⁾ Die Art, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ ständig für die Aufteilung Abessiniens eintritt und eine Stimmungsmache betreibt, die diesem edlen Ziele dienen soll, spottet des Wörterbuchs. Und diese „Neue Zürcher Zeitung“ spielt immer getrost darauf los die Rolle einer Hüterin des Schweizertums und der Demokratie! Findet auch noch Dumme, die es ihr glauben.

15. Februar.

wiesen, welche wir arbeitslos machten, wenn wir die Sanktionen ernsthaft anwendeten. Hat ihn einer gefragt, wieviel Arbeiter er dadurch arbeitslos gemacht, daß seine reaktionäre, konfessionell begründete Privatpolitik uns um die russischen Aufträge gebracht hat, die ebenso „christliche“ Länder, wie England und viele andere, sehr gern annahmen? Es dürften sehr viel mehr sein.

So bereiten wir mit dem moralischen den politischen Untergang der Schweiz vor.

Wenn uns der offizielle, noch etwas maskierte Faschismus droht, so ist der der „Fronten“ keine große Gefahr mehr. Fast tragisch mutet uns die Auflösung der „Neuen Schweiz“ in das „Aufgebot“ an. Sie ist wohl auch für dieses ein Zeichen der Not. Die „Nationale Front“ beutet den Fall Gustloff schmähslich gegen Juden und Emigranten aus, um zu maskieren, daß sie mit dem Hitlertum selbst getroffen wird.

Eine schöne Aufgabe hätte heute die *Neue Helvetische Gesellschaft*. Aber ihre geistige Stabilisierung erlaubt ihr (wie an ihrer letzten Versammlung) nur ganz allgemeine, mehr oder weniger geistreiche Redensarten und Bejahung der bestehenden Ordnung.

Eine Untergrabung der Schweiz aber leisten auch jene hochpatriotischen reaktionären Studenten von Zürich, die einen *Heidegger* kommen lassen, der seine Philosophie des tieffinnigen Nihilismus sofort nach dessen Machtantritt Hitler zur Verfügung gestellt hat, und einen *de Reynold*, der die Demokratie abschaffen will. Aber das alles und vieles andere derart braucht uns nicht Sorge zu machen. Denn es wird uns *eine neue Militärvorlage* in Aussicht gestellt, und es heißt: „Neue Opfer werden unvermeidlich sein!“ Vielleicht drückt unsere Lage am besten das Wort eines Bündner Bauern aus einem weltentlegenen Dörfchen aus, der im Angesicht der offiziellen Haltung der Schweiz in all den geschilderten Dingen mit Herzbeklemmung erklärte: „Es gibt keine Schweiz mehr!“

Doch zum Schluß noch etwas Gutes: die Erklärung der 127 Mitglieder aller Parteien der Bundesversammlung für *Offiewsky*, den sie für den Nobelpreis empfehlen und die aus anderen Ländern Unterstützung findet. Das ist doch endlich wieder einmal etwas beinahe Tapferes und dazu Menschlich-Weites. Das Mißfallen Mottas, der gegen diesen neuen Akt unerlaubter „privater Außenpolitik“ die „größten Bedenken“ hegte, ist ein Beweis für die Güte dieser Sache, und wenn Blätter, wie die „Front“, das „Berner Tagblatt“ und ähnliche *Offiewsky* daraufhin als „Landesverräter“ und „Feind der Befreiung des deutschen Volkes“ bezeichnen, so zeigen sie bloß, von woher der Schweiz Gefahr droht.

Solche Zeichen erlauben vielmehr, an den „Rest“ auch der Schweiz zu glauben, der bleiben wird (vgl. Jesaja 6).

13. Februar.

An das Schweizervolk!

In einem historischen Augenblick haben Schweizer Männer und Frauen aus allen Landesteilen das

Schweizerische Freiheitskomitee

gegründet, um die Kräfte zusammenzufassen, die unsere freiheitlichen und demokratischen Institutionen schützen, reinigen und fortbilden wollen. Das Freiheitskomitee appelliert an das Schweizervolk, in dem Bewußtsein, daß ungezählte Millionen Menschen in der ganzen Welt politische Freiheit und freiheitliche Kultur, soziale und internationale Gerechtigkeit, Frieden und Humanität fordern, daß unter den gleichen Kampfzeichen unsere Eidgenossenschaft ihre Geltung im Rate der Völker erlangt hat und ihr damit eine fortwährende, von ihrer geistigen und politischen Existenz untrennbare Verpflichtung erwachsen ist.

Heute sind die in jahrhundertelangen Kämpfen errungenen, in unserer Verfassung verbrieften

Volks- und Freiheitsrechte in Gefahr.

Durch die Methode der dringlichen Bundesbeschlüsse, durch die Willkür hoher Behörden werden sie beschränkt und ausgehöhlt.

Heute treiben Hochfinanz und Großindustrie in ihrer Ratlosigkeit eine verfehlte „Anpassungspolitik“

zum Schaden der wirtschaftlichen Volksinteressen.

Die kleine Gruppe wirtschaftlich Uebermächtiger versucht durch verfassungswidrige dringliche Bundesbeschlüsse, die den Volkswillen ausschalten, die Staatserhaltungskosten auf die wirtschaftlich Schwachen abzuwälzen. Das Volk müßte dadurch körperlich und geistig verelenden und könnte schrittweise der Faschisierung des Staatslebens gefügig gemacht werden. Die wirtschaftliche Lähmung der Volksmassen bedeutet auch, daß ihnen der Zugang zur höhern Kultur erschwert und für die kleine zahlungsfähige Schicht ein Bildungsmonopol geschaffen wird.

Heute üben die faschistischen

Diktaturstaaten im Norden, Süden und Osten

einen gewaltigen Druck auf die Schweiz aus, der um so stärker wird, je ängstlicher sie ihm ausweicht. Sie behauptet sich nur durch beharrlichen Widerstand, durch Befinnung auf ihre unverlorenen Kräfte, durch Festigung und mutigen Ausbau ihrer geistigen und sozialen Fundamente.

Die drei Gefahren stellen unser Land vor eine historische Prüfung, die es bestehen wird, wenn alle freiheitsliebenden Schweizer sich ernst und entschlossen zusammentun.

So fanden sich vor hundert Jahren, in einer Zeit finsterner europäischer Reaktion, freiheitsliebende Schweizer zusammen, ohne Furcht vor fremden Potentaten, im Lichte neuer Ideen, deren Trägern und Märtyrern unser Land weitherzig Asyl bot. Flüchtlinge wurden geachtete und berühmte Bürger ihrer neuen Heimat. Mehr als eine unserer Universitäten dankt ihnen Gedeihen und jahrzehntelangen wissenschaftlichen Gewinn. Die Weltoffenheit und der Wagemut jener „andern Schweiz“ trugen Frucht in der Bundesverfassung von 1848. Die „andere Schweiz“ mag zwar durch fremde und einheimische Machthaber zurückgedrängt werden. Aber sie braucht sich nur zu sammeln, und sie wird wieder vorn marschieren.

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen.

Denn heute ist die Schweiz eine Halbinsel in der Flut der kriegschwangeren totalitären Diktaturen. Und der Feind unserer Freiheit steht im Land, wirkt mit mündlicher und schriftlicher Propaganda, durch Kino und Radio, arbeitet fieberhaft, arbeitet gar mit Schweizern daran, dem Faschismus das Feld zu bereiten.

Wir müssen uns sammeln und wir müssen handeln.

Der Sinn der Eidgenossenschaft weist vorwärts, und darum ruft das Schweizerische Freiheitskomitee auf, der neuen Freiheit, der neuen Demokratie, der neuen sozialen Gerechtigkeit eine Bahn zu brechen, einer neuen Welt Raum und Licht zu schaffen im Herzen Europas.

Meldet euch beim Schweizerischen Freiheitskomitee!

Zürich, Mitte Dezember 1935.

Für das Schweizerische Freiheitskomitee:

Dr. Gritta Bärlocher, Rechtsanwalt Kurt Dübi, Karl Egender, Georg Früh, Dr. F. Fuchs, Fr. Rechtsanwalt A. Goßweiler, Heinrich Gretler, Josef Halperin, Rechtsanwalt Th. Heußler, R. J. Humm, Dr. W. Kronauer, Dr. Walter Lefsch, Dr. Albert Maag, Dr. R. Meyer, Dr. Hans Mühlestein, Jean Mussard, Dr. Emil Oprecht, Prof. L. Ragaz, Ernst Rosenbusch, Ch. Ruedi, Werner Schmid, Dr. Minna Tobler-Chriftinger, Frau Rita v. Gonzenbach, Frau Alice v. Monakow, Dr. Ed. Zellweger, Dr. E. Zürcher.

Sympathie-Erklärungen an das Schweizerische Freiheitskomitee, Postfach Zürich-Riesbach.

Spenden an das Schweizerische Freiheitskomitee, Postcheckkonto VIII 20 626.

„Liga für das Christentum.“

(Mitteilung des Schweizerischen Verbandes für Innere Mission.)

Die „Liga für das Christentum“ versendet neuerdings in der ganzen Schweiz eine Broschüre, betitelt „Revolution“, und fordert, wie schon mehrmals, zur Einzahlung von Beiträgen auf, damit sie ihre Arbeit weiterführen könne. Wir bitten dringend, dieser Aufforderung keine Folge zu geben. Die Liga und ihre Tätigkeit entzieht sich jeder Kontrolle irgendwelcher kirchlicher oder humanitärer Organisation. Ihr Gründer und Leiter verfügt völlig selbstherrlich über die ihm zugefandten Gelder. Es besteht kein Komitee der Liga, das neben und für den alleinigen Leiter verantwortlich wäre. Trotz wiederholter Aufforderung seitens des Schweizerischen Verbandes für Innere Mission ist ein Einblick in das Rechnungswesen nicht gewährt worden.

Aus dem in der Broschüre erstmals veröffentlichten Rechnungsauszug per 1934/35 ist ersichtlich, daß, abgesehen von zweckbestimmten Gaben für russische Hilfsaktionen im Betrage von Fr. 32 733,29 nur Fr. 448.— als Gaben der Liga ausgewiesen sind, während insgesamt Fr. 123 000.— für Propaganda, Saläre und Volksaktionen ausgegeben worden sind. Unter der Rubrik „Für die Witwen“ ist der Gesamtbetrag von Fr. 2686.81 ausgewiesen, ohne daß die in diesem Posten enthaltenen Unkosten und tatsächlichen Unterstützungen getrennt aufgeführt wären.

Bei der dringenden Notlage zahlreicher kirchlicher und sozialer Hilfswerke ist es nicht zu verantworten, daß der ganz persönlich geleiteten sogenannten „Liga für das Christentum“, wie dies im Jahre 1934/35 der Fall war, abgesehen von den Rußlandgaben, Fr. 119 718.— Gaben und Jahresbeiträge anvertraut werden. Irgendwelche Verantwortung für die Tätigkeit der Liga und die Verwendung ihrer Gelder wird von der Schweizerischen Innern Mission und evangelischen Liebestätigkeit abgelehnt.

Anm. d. Red.: Und nun bedenke man, was für eine Geschichte man aus dieser Liga für den Kampf gegen die „Gottlosigkeit“ gemacht hat. Offenbar ging es mehr für den *Mammon* als für Gott.

Druckfehler.

Im *Januarheft* ist folgendes zu berichtigen:

S. 23, Z. 3 von oben, muß es heißen: „des *Mammon*, der Gewalt, der Religion, des *Nationalismus*“ (statt: „des *Mammons* und der Gewalt, der Religion des *Nationalismus*“); S. 33, Z. 25 von oben: „diese Schutzgarde“ (statt: „die“); S. 41, Z. 17 von unten: „beleuchtet“ (statt: „bedeutet“); S. 44, Z. 11 von oben: „aber“ (statt: „oder“); S. 49, Z. 14 und 15 von unten: „begegnet man“ (statt: „begegnen wir“); S. 55, Z. 3 von oben: „akuter“ (statt: „aktueller“).

Kleineres wird der Leser selbst korrigiert haben.

Redaktionelle Bemerkungen.

Der Bericht über die Ferienwoche in *Bad Attisholz* kommt zum größten Bedauern der Redaktion viel zu spät. Er mußte von Heft zu Heft Dringlicherem weichen. Da er aber im wesentlichen eine Darlegung von Problemen ist, die heute so aktuell sind wie vor einigen Monaten, ist er gewiß nicht veraltet.

Worte.

Man kann einige auf die Dauer belügen oder alle auf einige Zeit, aber nicht alle auf die Dauer. *Abraham Lincoln.*